

Protokoll der Sitzung am Montag, 22.04.2024

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr
Sitzungsende: 21.00 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses
Protokollant: Daniel Oelbracht

Anwesende: Delegierte: Henrik Giebels, Melin Atakay, Niclas Thomé, Lucas Heimsch, Lukas Schirmer, Kira Ditze, Alexandra Kunert, Timon Tiedtke, Ediz Can Kaya, Friederike Nell, Georg Poppel, Leonard Schnepel, Agnes Zaleska
entschuldigt: Emilia Zambon, Jan Bonk
sowie: Peter Burek (Jugendreferent), Daniel Oelbracht (Jupa-Koordinator)
Gäste: Lucio Dröttboom (GAL), Stephanie Dellit (Jugendamt), Marek Kasper (KJR), Meike Lukat (WLH), Matthias Piegeler (ehem. Delegierter)

1) Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Henrik Giebels begrüßte alle Anwesenden und eröffnete die Sitzung. Zur Tagesordnung gab einen Antrag auf Änderung. Der Punkt „Verleihung des Siegels kinderfreundliche Kommune“ wurde als TOP 3 eingefügt.

2) Protokoll der Sitzung am 18. März

Es gab keine Einwände, Ergänzungen oder Änderungswünsche zum Protokoll. Es soll in Kürze online nachzulesen sein.

3) Verleihung des Siegels kinderfreundliche Kommune

Frau Dellit berichtete, dass ihre mit dem Projekt betraute Kollegin, Leandra Fuchs, die Verleihung für den 29. Juni im Rahmen der Eröffnung des Haaner Sommers plant. Daran könnte sich auch das Jupa beteiligen, etwa in Form eines Beitrags zum Bühnenprogramm. Die Delegierten wollen klären, wie der Beitrag aussieht.

4) Antrag „Schüler*innenhaushalte“

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament richtet folgenden Antrag an den Rat der Stadt Haan:

Das Jugendparlament beantragt, die ersten beiden Prüfschritte der Maßnahme 8 „Schüler:innenhaushalte“ aus dem Aktionsplan für eine kinderfreundliche Kommune zu überspringen und umgehend mit der Prüfung der Höhe und Deckung des bereitzustellenden Geldes zu beginnen. Dabei soll sich nach der Empfehlung von mindestens circa 1500 Euro gerichtet werden.

Lukas Schirmer begründete den Antrag. Frau Dellit erläuterte danach, dass der Prüfauftrag aus gutem Grund Teil des Prozesses sei. Bestimmte Abläufe müssten geklärt sein, die Abstimmung mit den Schulen sei sinnvoll und nötig. Lukas kritisierte die dreijährige Prüfphase, Frau Dellit erwiderte, dass die Personaldecke das Abarbeiten von Projekten ermöglichen müsse. Daher sehe der Aktionsplan wie vorliegend aus. Frau Lukat ergänzte, dass andere Maßnahmen in der Priorität höher angesiedelt seien, etwa Kinderrechte, Freizeitanlagen, Bolzplätze. Sie regte an, Frau Fuchs zu bitten, den Aktionsplan im Detail vorzustellen.

Abstimmung dazu: 7x Ja
0x Nein
6x Enthaltung

5) Anfrage zu Solarpotenzial auf privaten Dächern

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament richtet folgende Anfrage an die Verwaltung der Stadt Haan:

1. Unter welchen Voraussetzungen ist es der Stadt möglich, Fotovoltaikanlagen gegen Miet- oder Pachtzahlung auf Privatdächern zu installieren?
2. Welche möglichen Betreibermodelle sind dafür mit städtischen Tochtergesellschaften möglich?
3. Welche Möglichkeiten gibt es dabei, auch Mieterinnen und Mieter finanziell zu entlasten?

Lukas erläuterte den Antrag. Frau Lukat kritisierte die Anfrage, da sie sie aufgrund der Satzung des Jupa für unzulässig hält. Inhaltsgleiche Anfragen seien bereits erläutert und beantwortet worden.

Abstimmung dazu: 9x Ja
0x Nein
4x Enthaltung

6) Resolution gegen rechts

Beschlussvorschlag:

Das Jugendparlament beschließt die nachfolgende „Resolution gegen rechts“:

Resolution des Haaner Jugendparlaments für Demokratie und Menschlichkeit

Schon seit Langem gefährden Antidemokraten unsere Demokratie. Politikerinnen und Politiker stehen öffentlich für nationalsozialistische Positionen ein. Seit Januar ist uns klar: Mitglieder rechter Parteien planen die Deportation von Millionen von Menschen und wollen den Parteienstaat abschaffen.

Das Jugendparlament der Stadt Haan verurteilt diese Angriffe auf die Grundfesten unserer Demokratie scharf. Menschen, die so klar gegen die Demokratie arbeiten, dürfen keine Unterstützung von dem Staat erhalten, den sie abschaffen möchten. Die demokratischen Parteien müssen sich deshalb bemühen, die Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft – der Stadt, dem Staat und der Europäischen Union – zu

beseitigen. Rechte Gedanken sind nicht durch mehr Abschiebungen zu verdrängen, sondern nur durch eine konsequente Politik für die 99 Prozent unserer Bevölkerung.

Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland das Land mit der höchsten Vermögensungleichheit. Während der Reallohn in den vergangenen Jahren massiv gesunken ist, konnten die reichsten zehn Menschen ihr Vermögen verdoppeln. Deshalb steht das Jugendparlament solidarisch an der Seite aller streikenden Beschäftigten. Die negative Reallohnentwicklung der vergangenen Jahre legitimiert die jetzt stattfindenden Arbeitskämpfe.

Bei Mitgliedern demokratischer Jugendorganisationen ist die Wahrscheinlichkeit am geringsten, auf Falschmeldungen und rechte Erzählungen hereinzufallen. Politische Bildung muss deshalb gefördert werden. Auch das Jugendparlament wird sich deshalb im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine bessere Bildungsarbeit einsetzen. Wir dürfen die Verantwortung des Staates gegenüber benachteiligten Gruppen nicht vernachlässigen. Die Anbietung an rechte Narrative fördert und stärkt Verfassungsfeinde.

Autoritäre Kräfte bedrohen unsere moderne, demokratische und freie Gesellschaft. Wir alle sind betroffen. Wir alle würden unter einer Herrschaft der Faschisten leiden. Deshalb müssen alle Demokratinnen und Demokraten gemeinsam gegen rechte Narrative kämpfen. Nicht nur in der Wahlkabine, sondern auch durch Engagement für Menschlichkeit, gegen Hass und Hetze. Das Jugendparlament steht fest für Freiheit, Vielfalt, Demokratie und klar gegen rechtsradikale Kräfte.

Lukas erläuterte die Resolution und gab eine mündliche Begründung ab. In der nachfolgenden Diskussion stellte Alexandra fest, dass auch eine Aktion gegen rechts angedacht sei. Frau Lukat stellte die Frage nach der Gefahr linksextremistischer Taten. Matthias Piegeler warf dazu ein, dass hierbei im Verhältnis zum Rechtsextremismus gesehen deutlich niedrigere Fallzahlen gebe. Er bot seine Unterstützung bei der Organisation von möglichen Aktionen gegen rechts an. Frau Lukat verwies auf die offiziellen Zahlen des Verfassungsschutzes und auf die Haaner Demo für Demokratie. Marek Kasper ergänzte, dass es im Gegensatz zu den Rechtsextremen keine gesichert linksextremistische Gruppe in deutschen Parlamenten gebe. Henrik stellte die Frage, ob die Resolution in der vorliegenden Form um den Hinweis auf Linksextremismus erweitert werden sollte. Lucio Dröttboom bemerkte, die Resolution an sich sei ein gutes Zeichen, doch die Frage nach „gegen links“ kommen werde. Frau Lukat kritisierte den Absatz zu Arbeitskämpfen und bezweifelte, dass alle Delegierten den Inhalt der Resolution in Gänze verstanden haben. Henrik beantragte am Ende der Diskussion eine Vertagung.

Abstimmung dazu: 11x Ja
2x Nein
0x Enthaltung

Peter stellte anschließend fest, dass er die lebhafte und kontroverse Diskussion über das Thema begrüßt und für gut hält. Es werde jedoch auch der Unterschied zwischen den Generationen deutlich. Es sei positiv, wenn Anträge dazu führten, dass über das Thema extremistischer Gefahren diskutiert werden müsse. Ihn treibe in dieser Hinsicht

eine Sorge um die Zukunft um. Der Schutz der Demokratie sei nicht nur die Pflicht jedes Parlaments, sondern jeder/jedes Staatsbürgerin/Staatsbürgers. Demokratie beginne auf der kommunalen Ebene und sei eben nicht selbstverständlich.

Frau Dellit wies hin auf das Projekt Demokratie und Wertevermittlung und betonte, dass konkrete Aktionen bezuschusst werden können, wenn ein Konzept vorliegt. Ein Mal jährlich würde der Landschaftsverband Rheinland (LVR) einen Zuschuss übernehmen.

7) Sachstand Pflanzaktion zur Europawahl

Die Terminfindung läuft laut Peter bereits. Ins Auge gefasst wurden der 6. Mai und der 8. Mai als mögliche Termine. Die Delegierten entscheiden sich für den 8. Mai. Ausgesucht wurde eine Fläche im Schillerpark, heimische Pflanzen sollen bei der Aktion bevorzugt werden. Die Europaunion beteiligt sich an der Aktion finanziell und ggf. auch personell. Matthias Piegeler regte an, in der Nähe auch Insektennisthilfen zu platzieren.

8) Sachstand Werbemittel

Daniel berichtete, dass der bisherige Jupa-Werbemittelpartner Andreas Deus das nachfolgende Angebot vorgelegt hat (inklusive Mehrwertsteuer):

Kugelschreiber (wie bei der bislang letzten Bestellung):

50 Stück = 166,60 €

100 Stück = 185,64 €

150 Stück = 208,25 €

200 Stück = 226,10 €

500 Stück = 374,85 €

Blöcke, à 25 Blatt, 80 Gramm Recycling-Papier:

DIN A5

50 Stück = 89,70 €

100 Stück = 107,10 €

250 Stück = 214,20 €

500 Stück = 357,00 €

DIN A4

50 Stück = 113,05 €

100 Stück = 166,60 €

250 Stück = 357,00 €

500 Stück = 642,60 €

9) Sachstand Adobe-Lizenz

Melin hat bei der Klimaschutzbeauftragten bzgl. der Lizenz nachgefragt, aber noch keine Antwort erhalten.

10) Sachstand Livestreaming

Melin hält die Plattformen Youtube und Twitch für denkbar. Die technischen Gegebenheiten müssten noch geprüft und rechtliche Fragen beantwortet werden.

11) Bericht Hauptprojektgruppe

Lukas berichtete, dass sich die HPG mit dem Ganztagsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung befasst hat, außerdem mit der Resolution gegen rechts, einer möglichen Aktion gegen rechts zur Europawahl, der kinderfreundlichen Kommune sowie den Mobilitätsstationen im Stadtgebiet.

12) Besetzung von Ausschüssen

Da im Haupt- und Finanzausschuss keine sachkundigen Bürger zugelassen sind, entfällt eine Benennung für diesen Ausschuss.

13) Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung soll stattfinden am Montag, 27. Mai, um 19 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses. Ergänzung: Nach Klärung der Raumkapazitäten wurde als Sitzungsort die Aula der Gesamtschule festgelegt.

14) Verschiedenes

Es liegt eine weitere Einladung zum Haaner Podcast vor.

Matthias Piegeler fragte nach, ob ein Erstwählerprogramm gestaltet werden soll. Dafür könnten die Kandidaten angefragt werden. Niclas und Timon erkundigen sich beim Kreisjugendrat, ob und was in dieser Hinsicht geplant ist.

Frau Dellit berichtete, dass die Stadt den Förderbescheid für die Erstellung eines Konzepts zur Partizipation in Haan erhalten habe. Dieses Konzept soll in den kommenden Monaten erstellt werden und geht mit Workshops einher.

Frau Lukat wies auf die Dreck-weg-Aktion am Mittwoch, 29. Mai, hin sowie auf eine Aktion im Bürgergarten im Schillerpark am 25. Mai, bei der die vom Kinderparlament gestalteten Stelen präsentiert werden. Sie werden sich vermutlich mit dem Thema Kinderrechte auseinandersetzen.

Die Sitzung endete gegen 21 Uhr. Für die Delegierten folgte im Anschluss noch ein Arbeitstreffen.